



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**5. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und
Soziales**
am 26.11.2013
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg.e Angela van Beek
Abg.e Doris Brandt
Abg. Lothar Cordts
Abg.e Angelika Dorsch
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg.e Ute Gudella-de Graaf
Abg.e Dr. Gabriele Hornhardt
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Klaus Mangels
Abg. Ulrich Thiar

Vertretung für Abg. Reinhard Lindenberg
Vertretung für Abg. Bernd Sievert
Vertretung für Abg. Thea Tomforde

Verwaltung

KVD Markus Pragal

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Bernd Sievert
Abg.e Thea Tomforde

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Bitomsky
Herr Hüseyin Sarigül
Herr Helmut Wilshusen

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung am 14.05.2013
- 4** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5** Bericht des Geschäftsführers der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Bezirksstelle Stade/Verden, Herr Schmitz, über die ärztliche Versorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0655
- 6** Sozialberichterstattung: "kleiner Wohnraumbericht"
Vorlage: 2011-16/0632
- 7** Kommunale seniorenpolitische Beratungsstrukturen (Seniorenservicebüros)
Vorlage: 2011-16/0658
- 8** Förderanträge
- 8.1** Förderung regionaler Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0639
- 8.2** Zuschussantrag für die Förderung des Projektes "BESTCard" der Bremervörder Beschäftigungsgesellschaft gGmbH
Vorlage: 2011-16/0640
- 8.3** Förderung des Vereins Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven e.V.
Vorlage: 2011-16/0656
- 8.4** Förderanträge "Freiwillige Leistungen im sozialen Bereich"
Vorlage: 2011-16/0641
- 9** Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 13.09.2013: Vollständige Weitergabe der Bundesmittel aus der dritten Stufe der Kostenübernahme für die Grundsicherung an die Landkreise
Vorlage: 2011-16/0564/1
- 10** Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum und Gesundheitsregionen Niedersachsen
- 10.1** Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 17.09.2013: Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum
Vorlage: 2011-16/0565/1
- 10.2** Gesundheitsregionen Niedersachsen
Vorlage: 2011-16/0660
- 11** Haushaltspläne der Ämter 50 und 53

12 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Lienau eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er weist auf den für jedes Mitglied des Ausschusses vorliegenden „Ratgeber für Menschen mit Behinderung“ hin. Sodann stellt er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Vors. Lienau fragt nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Da keine Änderungswünsche bestehen wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung am 14.05.2013**

Vors. Lienau stellt die Niederschrift über die 4. Sitzung am 14.05.2013 vor. **Abg.e van Beek** merkt hierzu an, dass sie sich zukünftig eine frühzeitigere Anfertigung des Protokolls wünsche. Sodann stimmen die Ausschussmitglieder ab.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales am 14.05.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 4

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Die Sitzung wird mit dem Bericht von **KVD Pragal** fortgesetzt. Er berichtet zunächst über den Behindertenfahrdienst. Er führt aus, dass der Landkreis seit fast 30 Jahren einen Behindertenfahrdienst fördere, um Menschen mit Behinderung eine Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Im nördlichen Kreisgebiet habe diese Aufgabe, so erläutert er, bis zum

30.11.2013 der AWO-Ortsverein Bremervörde bzw. das AWO-Seniorenzentrum „Am Hang“ organisiert und durchgeführt. Die Behindertenfahrdienste, so führt er aus, seien mit 11.550 Euro pro Jahr unterstützt worden. Es sei beabsichtigt, dass ab dem 01.12.2013 diese Fahrdienst von der AWO auf den DRK Kreisverband Bremervörde übergehen, nachdem der AWO Ortsverein Bremervörde um eine Beendigung der Beauftragung gebeten habe. Die Nutzer der Fahrdienste, so ergänzt er, zahlen für die ersten 25 Kilometer einen geringen Anerkennungsbeitrag in Höhe von 2,80 Euro und für je weitere zehn Kilometer zusätzlich 1,20 Euro.

KVD Pragal setzt seinen Bericht mit dem Bericht über die Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung im Rahmen der Eingliederungshilfe fort. Er führt aus, dass mit der Einführung der inklusiven Schule ab dem Schuljahr 2013/2014 für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihrer Behinderung ohne Unterstützung nicht am Unterricht an einer inklusiven Schule teilnehmen können, bei Vorliegen der Voraussetzungen im Rahmen der Eingliederungshilfe als Hilfe zur angemessenen Schulbildung nach dem SGB XII eine Schulassistenz gewährt werde. Die Leistungen dienen, so erklärt er, dem Ausgleich behinderungsbedingter Einschränkungen. Davon zu unterscheiden seien Leistungen, die nach dem Niedersächsischen Schulgesetz zum Lehrauftrag und zur Aufgabe der Schulen gehörten. Bisher, so berichtet er, sei die Aufgabe der Schulassistenz durch vier Anbieter abgedeckt worden: die Lebenshilfe Rotenburg-Verden, der Paritätische Wohlfahrtsverband in Bremervörde, das DRK Bremervörde und das Institut für Entwicklungsförderung Cordes. Zum Schuljahr 2013/2014, so trägt er vor, seien die Rotenburger Werke als fünfter Anbieter hinzugewonnen worden. Die Koordination, so erklärt er, erfolge über die Lindenschule.

Sodann berichtet **KVD Pragal** über den 7. Niedersächsischen Fachtag „Wohnen im Alter“, der im Jahr 2014 in Rotenburg stattfinden werde. Gewöhnlich, so berichtet er, eröffne die Sozialministerin einen solchen Fachtag, der sich in 2014 dem Thema „Zielgruppen der Wohnberatung“ und speziell Menschen mit Behinderung widmen solle. In diesem Zusammenhang, so führt er aus, sei geplant, dass sich einzelne interessante Projekte in Form einer Ausstellung präsentieren. Auf Nachfrage von **Abg.e Dorsch**, ob bereits ein Datum feststehe, erklärt **KVD Pragal**, dass dieses mit dem Protokoll bekanntgegeben werde.

*Anmerkung zu Protokoll: **Der Fachtag findet am 14. Oktober 2014 statt.***

KVD Pragal setzt seinen Bericht mit dem Erfahrungsaustausch zum Asylbewerberleistungsgesetz fort. Er berichtet, dass am 13.11.2013 im Kreishaus Rotenburg ein Erfahrungsaustausch zu den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stattgefunden habe. Insgesamt, so erläutert er, sei festzustellen, dass sich die Umstellung der Zahlung von Wertgutscheinen auf Bar- bzw. Scheckzahlung bewährt habe. Nur in einem Fall, so führt er weiter aus, würden weiterhin Wertgutscheine ausgegeben, da die leistungsberechtigte Person im Hinblick auf die Einteilung und Verwendung der Mittel nicht regiefähig sei. Mit Erlass vom 16.10.2013, so erläutert er, habe das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration die Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörde (ZAAB) beauftragt, die Festlegung der Aufnahmekontingente vorzunehmen. Seitens der ZAAB sei, so erklärt er, zwischenzeitlich mitgeteilt worden, dass auf den Landkreis Rotenburg (Wümme) 222 Personen bis zum Dritten Quartal 2014 entfallen. Aufgrund der gestiegenen Zuweisungen und der zum Teil schwierigen Situation auf dem Wohnungsmarkt, so führt **KVD Pragal** weiter aus, hätten einige Kommunen Schwierigkeiten Asylbewerber unterzubringen und würden, wenn sich die Situation nicht verbessere, sogar über die Anmietung von Wohncontainern nachdenken. Der Presseaufruf des Landkreises an die Bevölkerung geeigneten Wohnraum den Ordnungsämtern der Gemeinden anzubieten habe, so berichtet er weiter, durchaus Resonanz gefunden, es gebe aber noch weitergehenden Bedarf. Da die Zwischenlösung mit Wohncontainern nicht im Interesse der Verwaltung liege, so führt **KVD Pragal** weiter aus, appelliere er – mit Blick auf die anwesenden Pressevertreter - noch einmal an potentielle Vermieter, Wohnraum anzubieten. Auf Nachfrage des Abg. Krahn, wo besonders viel Wohnraum fehle, erläutert **KVD Pragal**, dass nach seinen Informationen insbesondere die Gemeinde Scheeßel sowie die Samtgemeinden Bothel und Fintel Schwierigkeiten hätten, ausreichend Wohnraum anzumieten um den Asylbewerbern zur Verfügung zu stellen. **Abg.e Dr. Hornhardt** fragt, ob es sich um Sonderkontingente, z.B. aus Kriegsgebieten, handele. Hierzu erklärt **KVD Pragal**, dass dies nicht der Fall sei. **KOAR Horn** ergänzt, dass im Herbst mehr als 12.000 Menschen nach Deutschland kämen, die nach der Quote sukzessive verteilt würden. **KVD Pragal** bemerkt hierzu,

dass eine leichte Steigerung zu erkennen sei. **KOAR Horn** führt weiter aus, dass die 222 Menschen zusätzlich zu den bereits eingetroffenen Menschen kämen, so dass ein neuer Höchststand seit 1996 erreicht werde. Auf Nachfrage der **Abg.e Dr. Hornhardt**, ob nicht eine erst jüngst vom Landkreis Rotenburg (Wümme) erworbene Immobilie für die Unterbringung geeignet sei, weist **KVD Pragal** darauf hin, dass dies eine Frage für das Immobilienmanagement des Landkreises sei.

Sodann setzt **KVD Pragal** seinen Bericht fort und informiert über den aktuellen Stand der Wohnraumförderung. Er berichtet, dass bisher für 13 Wohnungen Anträge gestellt worden seien, wobei für 3 Wohnungen die Anträge zurückgezogen worden seien, da die Umbaumaßnahmen baurechtlich nicht genehmigungsfähig seien. Bis zum 22.11.2013, so führt er aus, seien insgesamt Zuschüsse in Höhe von 117.000 Euro beantragt worden. Für drei Wohnungen, so berichtet **KVD Pragal**, seien Zuschüsse in Höhe von insgesamt 25.000 Euro bewilligt worden. Schließlich dankt **Vors. Lienau** KVD Pragal für seinen Bericht.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Geschäftsführers der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Bezirksstelle Stade/Verden, Herr Schmitz, über die ärztliche Versorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2011-16/0655

Vors. Lienau begrüßt noch einmal Herrn Schmitz, Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Bezirksstelle Stade/Verden. Sodann berichtet **Herr Schmitz** mit einer Power-Point-Präsentation über die Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigung, die Verteilung der ärztlichen Versorgung und die Entwicklung der ärztlichen Versorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme). Auf den Hinweis der **Abg.e Dr. Hornhardt**, dass die Berücksichtigung von Gebieten mit mehr als 10.000 Einwohner als Grundlage der Versorgungsplanung ein Mobilitätshindernis der Einwohner unberücksichtigt lasse, erläutert **Herr Schmitz**, dass hier nicht an Gemeindegroßen sondern an Einzugsgebieten gedacht wird, in denen zentrale Infrastrukturen vorhanden sind, wo auch die ärztliche Versorgung gut erreichbar angesiedelt wird. dies sei eine Anforderung an die örtlichen Bauämter bei Strukturentwicklungen auch die ärztliche Versorgung in Blickfeld zu haben. Sofern Ortschaften in diese Infrastruktur nicht ausreichend eingebunden werden können, müsste die Versorgung ggf. ein Sitz über Zweigpraxen sichergestellt werden. Herr Schmitz schließt seinen Vortrag mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit, um den ärztlichen Nachwuchs auf das Land zu locken und hebt das positive Beispiel des Projektes „Landpartie“ in Zeven hervor. Auf Nachfrage von **Abg.e Dorsch** erklärt **KVD Pragal**, dass die Präsentation im Session-System hinterlegt werde.

Anmerkung zu Protokoll: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Auf den Hinweis des **Abg. Thiar**, dass der Eindruck bestehe die Versorgung mit Hausärzten sei gut und die Versorgung mit Fachärzten sei schlechter, erläutert **Herr Schmitz**, dass dieser Eindruck durchaus berechtigt sei und auch bei den Hausärzten eine Verschlechterung zu erwarten sei. Auf Nachfrage der **Abg.e Dr. Hornhardt** zur Erwerbssituation der niedergelassenen Ärzte erläutert **Herr Schmitz**, dass sich die Tätigkeit insbesondere im ländlichen Raum betriebswirtschaftlich lohne. Allerdings ist eine große Patientenzahl zu versorgen. Ländliche Praxen seien in ihrer Existenz deshalb gesichert, was im städtischen Raum nicht immer zutrefte. Auf den Hinweis von **Abg. Dr. zum Felde**, dass die Budgetierung dabei Ärger mache, stimmt **Herr Schmitz** diesem Hinweis zu. Sodann fragt **Abg. Krahn**, ob ausreichend Ärzte ausgebildet werden würden. Hierzu führt **Herr Schmitz** aus, dass eine Änderung der Ausbildungskapazitäten nicht geplant sei. Auf Nachfrage des **Abg. Cordts**, ob ein Nord-Süd-Gefälle in Deutschland bestünde, erläutert **Herr Schmitz**, dass dieses Gefälle bestünde und sich Niedersachsen im Mittelbereich befinde. Er regt an, für die Niederlassung von Ärzten zu werben. Auf die Frage der **Abg.e Brandt**, ob ein Ausweg aus den langen Wartezeiten für einen Facharzttermin bestünde, erläutert **Herr Schmitz**, dass im internationalen Vergleich die Wartezeiten in der Bundesrepublik Deutschland äußerst gering seien und dass die Akutversorgung von Patienten hervorragend sei. Allerdings bei planbaren Untersuchungen die Wartezeiten zunehmen. In diesem Zusammenhang erklärt er, dass die

Ärzte derzeit etwa 20 bis 30 % über dem Budget versorgen würden. **Vors. Lienau** dankt schließlich Herrn Schmitz für seinen Vortrag.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Sozialberichterstattung: "kleiner Wohnraumbericht"**
Vorlage: 2011-16/0632

KVD Pragal erläutert die Vorlage. Er führt dabei unter Hinweis auf die Zensus-Daten aus, dass etwa 35 % der Wohnungen im Landkreis vermietet seien und nur etwa 2,9 % des gesamten Wohnungsbestandes leer stünden. In diesem Zusammenhang erläutert er, dass die Daten sich auf das gesamte Kreisgebiet beziehen würden, im nächsten Jahr die Daten auch bezogen auf die Ebene der Verwaltungseinheiten und teilweise sogar Ortsteilebene zur Verfügung stünden. Sodann erklärt **KVD Pragal** weiter, dass nach Abschluss von Vereinbarungen mit den Kommunen, denen die Rechte an den Daten für ihre Ebene zustünden, ein noch genauerer Überblick über die Bevölkerung und den Wohnungsbestand in den einzelnen Teilregionen des Landkreises möglich sein wird. Zusätzlich würden weitergehende Auswertungen – teilweise kostenpflichtig – möglich sein, z. B. eine Betrachtung nur der Mietwohnungen (wie viel Wohnungen, Leerstand Mietwohnungen, wie groß sind die Haushalte, welche Wohnungsgrößen gibt es?). Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Kosten den ein Wohnraumbericht nach dem Konzept des LSKN verursachen würde (circa 52.000 €, da bisher kein anderer Landkreis eine gemeinsame Beauftragung zugesagt hat) plädiere er dafür, einen Wohnraumbericht in reduziertem Umfang auf der Grundlage der oben beschriebenen – kostenlosen - Datensätze ergänzt um – kostenpflichtige – Sonderauswertungen in Auftrag zu geben. Vor diesem Hintergrund sei es, entsprechend des Beschlussvorschlages, möglich, die benötigten Mittel im Ansatz von 60.000 Euro auf 25.000 Euro zu reduzieren. Auf Nachfrage von **Abg.e Brandt**, ob diese Auswertung gerichtsfest sei, erläutert **KVD Pragal**, dass der „Kleine Wohnraumbericht“ als Grundlage in das schlüssige Konzept einfließen werde. Nachdem **Abg. Krahn** fragte, ob der Bericht auch den Gemeinden zur Verfügung gestellt werde, erklärt **KVD Pragal**, dass die Gemeinden die Daten ebenfalls bekämen und der Bericht schließlich veröffentlicht werden solle. Auf die Anregung des **Abg. Krahn**, noch einmal mit den Kommunen zu sprechen und zu prüfen, ob von dort Interesse bestehe, erklärt **KVD Pragal**, dass dies grundsätzlich möglich sei. **Abg. Bargfrede** bewertet die Entwicklung eines kleinen Wohnraumberichtes als einen guten Weg und fragt, ob der Bericht bis Ende 2014 fertig werde. Hierzu führt **KVD Pragal** aus, dass die Daten etwa ab April 2014 zur Verfügung stehen würden und daher ein Abschluss des Berichts im Jahr 2014 vermutet werden könne. **Abg.e van Beek** verlässt den Sitzungssaal um 15:35 Uhr. **Abg.e Dr. Hornhardt** begrüßt das Abspecken des Berichts und regt an mit den Ergebnissen neue Überlegungen zu einem neuen Konzept zu entwickeln, dass über die bisherige Wohnraumförderung hinausgehe. **Abg.e Brandt** hebt die Bedeutung des Berichtes als Grundlage hervor und lobt die Verwaltung auch mit Blick auf den sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln. **Vors. Lienau** weist auf die bisherigen Diskussionen hin und sieht mit dieser guten Lösung auch gute Chancen für eine weitere Entwicklung. Schließlich weist **KVD Pragal** darauf hin, dass die Beratungsfolge geändert werden könne und lediglich ein Beschluss des Ausschusses erforderlich sei, da der Haushalt im Kreistag letztlich beschlossen werde. Daraufhin fasst der Ausschuss den Beschluss.

Beschluss:

1. Mit den kreisangehörigen Kommunen werden Vereinbarungen über die Nutzung der Daten des Zensus geschlossen.
2. Es wird ein Wohnraumbericht auf der Grundlage der frei zugänglichen Zensusdaten sowie zusätzlich relevanter Sonderauswertungen insbesondere bezogen auf den reinen Mietwohnbestand, die Größenklassen, die Altersstrukturen sowie die Kombination von Bevölkerungsdaten und Wohnungsdaten (Haushaltsgrößen) bis zu einer maximalen Höhe von 25.000 € in Auftrag gegeben. Hierfür sind Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Kommunale seniorenpolitische Beratungsstrukturen (Seniorenservicebüros)**
Vorlage: 2011-16/0658

KVD Pragal weist zunächst auf die geänderte Beschlussvorlage hin, die als Tischvorlage verteilt worden ist. Er führt aus, dass sich der Beschlussvorschlag nicht geändert habe und trägt die Änderung des Konzeptes vor. Sodann weist er darauf hin, dass die erforderlichen Anträge nun bis zum 05.12.2013 zu stellen seien und berichtet schließlich, dass auch der DRK Ortsverein Visselhövede Interesse bekundet habe. Nachdem zwischenzeitlich **Abg.e van Beek** in den Sitzungssaal zurückgekehrt ist, erläutert **KVD Pragal**, dass letztlich zwei Varianten möglich seien: zum einen die Übernahme des Senioren- und Pflegestützpunktes (SPN) mit eigenem Personal oder eine Zusammenarbeit mit dem DRK. **MD'in Menzel-Schwab** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Landkreis in der Gesamtverantwortung bleibe. **Abg. Bargfrede** schlägt vor, den anwesenden Herrn Eckhoff, DRK KV Bremervörde, anzuhören. **Abg. Genter-Mickley** unterstützt diesen Vorschlag und möchte erfahren, ob das DRK die Aufgabe leisten könne und welche Auswirkungen im Übrigen zu erwarten seien. Sodann beschließen die Ausschussmitglieder einstimmig, Herrn Eckhoff anzuhören. **Herr Eckhoff** erläutert von 15:50 bis 15:55 Uhr die Einbindung des Seniorenservicebüros am Standort Zeven, die hervorragende Zusammenarbeit mit dem MGH und drückt aus, dass die Fortsetzung der Aufgabe gut möglich sei. Dabei, so ergänzt er, sei man auch zu einer befristeten Wahrnehmung bereit. Auf Nachfrage der **Abg.e Brandt** zu den Fallzahlen, zur Qualifizierung des Personals und der Gewährleistung eines Austausches, erläutert Herr Eckhoff, dass eine Vernetzung bestehe und auch Fortbildungen Bestandteil der Aufgabe seien. **KVD Pragal** weist darauf hin, dass in der Vereinbarung eine detaillierte Beschreibung der Aufgaben angestrebt werde, um eine einheitliche Beratungspraxis zu gewährleisten, und spricht sich für eine Befristung aus. **MD'in Menzel-Schwab** ergänzt, dass es die Rotenburger Seniorenberatung RoSe eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet habe und verweist hinsichtlich der Fallzahlen auf die Anlage 2. **Abg. Cordts** fragt, ob bei einer Ablehnung der Fortbestand des MGH in Zeven gefährdet werde. Hierzu erläutert **Herr Eckhoff**, dass dies nicht der Fall sei. Sodann schlägt **Abg. Genter-Mickley** vor, den Schritt zu wagen. **Abg.e van Beek** führt anschließend aus, dass sie keine Zweifel an der guten Arbeit des DRK habe und bemerkt zugleich, dass neues Personal auch eine Hemmschwelle darstellen könne. **Abg. Bargfrede** begrüßt den Beschlussvorschlag und dankt dem DRK. Sodann schlägt er vor, die Kooperation zunächst für zwei Jahre zu befristen. **Abg. Cordts** fragt nach der weiteren Entwicklung in Visselhövede. **KVD Pragal** sieht die Gesamtverantwortung beim Landkreis und vertritt die Ansicht, dass die Fläche gut abgedeckt sei, eine weitere Verteilung bewerte er daher als schwierig. **Abg. Cordts** weist auf die Mobilitätsnachteile von Senioren hin. Hierzu führt **KVD Pragal** aus, dass dies bei der Präsenz in der Fläche beachtet werde und betont noch einmal das Ziel eines engen Austausches. **Abg.e Dr. Hornhardt** äußert ihr Verständnis für die Situation in Visselhövede und ist zugleich der Ansicht, dass ein anderer Ansatz für Visselhövede zu suchen sei. In diesem Zusammenhang halte sie eine weitere Verteilung der Fördermittel nicht für geeignet. **Abg.e Dr. Hornhardt** ergänzt, dass Aufgaben, die andere schon gut machen, nicht vom Landkreis Rotenburg (Wümme) übernommen werden sollten. Nachdem **Abg. Krahn**, der den Sitzungssaal zuvor kurz verlassen hatte, um 16:11 Uhr wieder hinzugekommen ist, stellt **Vors. Lienau** fest, dass ein Konsens bestehe und es kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Landkreis stellt beim Land Niedersachsen einen Förderantrag zur Errichtung eines Senioren- und Pflegestützpunktes Niedersachsen mit dem Ziel, diesen an den drei Standorten Bremervörde, Zeven und Rotenburg (Wümme) zu unterhalten.

2. Mit dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Bremervörde, für den Standort Zeven wird eine auf 2 Jahre befristete Kooperationsvereinbarung für die Durchführung dieser Aufgabe am Standort Zeven geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Förderanträge**

Punkt 8.1 der Tagesordnung: **Förderung regionaler Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2011-16/0639

Während Abg.e Dr. Hornhardt und Abg.e Dorsch den Sitzungssaal kurz verlassen haben, stellt **KVD Pragal** den Inhalt der Vorlage vor. **Abg.e Brandt** dankt KVD Pragal und MD´in Menzel-Schwab für die Annahme dieser schwierigen Aufgabe und lobt die gute Lösung. Zugleich bringt sie zum Ausdruck, dass die Förderung der Kontaktstellen Geld koste. **Abg. Bargfrede** lobt die Einbindung der Träger und fragt, ob weitere Zuwendungen erfolgen würden, denn hier seien lediglich die Personalkosten berücksichtigt worden. **MD´in Menzel-Schwab** erläuterte, dass es sich eben nicht um eine pauschale Vollfinanzierung handeln soll, sondern die Träger anteilig genauso in der finanziellen Verantwortung stünden. In diesem Zusammenhang **merkt Abg. Bargfrede** an, dass der Stadt Rotenburg ein Förderantrag der Geso zu den Sachkosten vorliege. **Abg.e Brandt** weist sodann darauf hin, dass in den Städten Zeven und Bremervörde hierfür ein pauschaler Zuschuss gewährt werde. **Abg. Dr. zum Felde** verlässt die Sitzung um 16:27 Uhr. Sodann stimmen die Ausschussmitglieder ab.

Beschluss:

1. Dem vorliegenden Konzept über die Förderung regionaler Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird zugestimmt,
2. Haushaltsmittel in Höhe von 77.300,00 € werden hierfür im Teilhaushalt 4, Produkt 35.1.03 ab dem Jahr 2014 bereitgestellt und
3. Die weiteren Einzelheiten werden in einer noch zu schließenden Fördervereinbarung zwischen dem Landkreis Rotenburg (W.) und den Trägern GESO gGmbH, TANDEM e.V. und dem Diakonischen Werk des Kirchenkreises Rotenburg geregelt

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8.2 der Tagesordnung: **Zuschussantrag für die Förderung des Projektes "BEST-Card" der Bremervörder Beschäftigungsgesellschaft gGmbH**
Vorlage: 2011-16/0640

Nachdem **Vors. Lienau** erläutert hat, dass aus dem Projekt „Blaue Karte“ nun das Projekt „Best-Card“ geworden sei, stellt **KVD Pragal** die Vorlage vor. Sodann erläutert **Vors. Lienau**, dass die rechtlichen Fragen zwischenzeitlich geprüft und geklärt worden seien und die Ausschussmitglieder stimmen ab.

Beschluss:

1. Die BBG erhält im Rahmen des Projektes „BESTCard“ für die Maßnahmeabwicklung einen Zuschuss für das Jahr 2014 in Höhe von 6.000,00 €. Die Haushaltsmittel hierfür werden im Teilhaushalt 4, Produkt 35.1.03 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8.3 der Tagesordnung: **Förderung des Vereins Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven e.V.**
Vorlage: 2011-16/0656

Nach kurzer Erörterung der Sache und übereinstimmender Meinung der **Abg.e Brandt** und des **Abg. Bargfrede** soll der Zuschuss 15.400 Euro betragen. Sodann stimmen die Ausschussmitglieder ab.

Beschluss:

Der Verein Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven e.V. erhält für das Jahr 2014 einen Zuschuss in Höhe von 15.400,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8.4 der Tagesordnung: **Förderanträge "Freiwillige Leistungen im sozialen Bereich"**
Vorlage: 2011-16/0641

KVD Pragal stellt zunächst die Vorlage vor und **Vors. Lienau** regt an, die Übersicht auf Seite 6 Punkt für Punkt durchzugehen. Diese Anregung begrüßen die Ausschussmitglieder. Auf Nachfrage des **Abg. Bargfrede** zur Förderung des Frühstückstreffs in Rotenburg und der Feststellung, dass dieser Zuschuss in den Zuschuss der Kontaktstellen falle, fassen die Ausschussmitglieder einstimmig den Beschluss den zuvor gefassten Beschluss zu Tagesordnungspunkt 8.1 entsprechend zu erhöhen, so dass sich der in diesem Protokoll unter 8.1 abgebildete Beschluss ergibt. **Abg.e van Beek** schlägt mit Blick auf die Förderung der Tafeln vor, die Beträge für alle Tafeln auf je 3.000 Euro festzulegen. Nachdem zunächst **Abg. Bargfrede** auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen der Tafeln hingewiesen hat, schlägt **Abg.e Brandt** einen Konsens von je 4.000 Euro für Rotenburg, Zeven und Bremervörde vor. Diesem Vorschlag stimmen die Ausschussmitglieder zu. Nachdem **Abg. Genter-Mickley** und **Abg. Bargfrede** zum Ausdruck bringen, dass keine weiteren Änderungsvorschläge bestünden, stimmen die Ausschussmitglieder über den Vorschlag mit den geänderten Beträgen ab.

Beschluss:

Nr.	Antragsteller	Förderung 2014
a)	Blaues Kreuz in Deutschland e.V. - Heeslingen - Sittensen - Gnarrenburg	400,00 € 400,00 € 400,00 €
b)	Ev.-luth. Kirchenkreis Rotenburg (Wümme): - „offene Mittagstisch“ - „Frühstückstreff“ 1)	2.250,00 € 0,00 €
c)	Rotenburger Tafel e.V. - Lebensmittelausgaben	4.000,00 €
d)	Bremervörder Beschäftigungsgesellschaft gGmbH	5.000,00 €
e)	Tandem e.V.	4.000,00 €
f)	Therapeutische Sucht- und Sozialberatung e.V.	2.000,00 €
g)	TelefonSeelsorge Elbe-Weser	1.500,00 €
h)	Ev.-luth. Kirchenkreis Bremervörde/ Zeven 2)	4000,00 €
i)	Caritasverband	500,00 €
j)	Herbergsverein Wohnen und Leben e.V. - „MIKARO - „Kaufhaus Karo“ 3)	3.000,00 € 0,00 €
k)	Hospiz- und Palliativarbeit in der Region Rotenburg (Wümme) e.V.	1.000,00 €
Insgesamt:		28.450,00 €

- 1) Tagesordnungspunkt 8.1 „Kontaktstellenkonzept“
- 2) Zuschusshöhe 2013 veranschlagt
- 3) Beschluss des Jobcenterausschusses vom 13.11.2013

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 13.09.2013: Vollständige Weitergabe der Bundesmittel aus der dritten Stufe der Kostenübernahme für die Grundsicherung an die Landkreise**
Vorlage: 2011-16/0564/1

Abg. Bargfrede stellt den Antrag vor. **Abg.e Brandt** erläutert, dass hier kein Konsens bestünde, da die Beträge im Haushaltsentwurf 2014 auf 0 Euro beziffert worden seien und das Land als Träger ebenfalls Kosten habe. In diesem Zusammenhang weist **KVD Pragal** darauf hin, dass sich der Betrag auf die Kosten des überörtlichen Trägers beziehe die der Landkreis für das Land auszahle und insoweit die Frage bestehen bleibe, ob es richtig ist, dass der überörtliche Träger (Land) seine Aufwendungen für die Grundsicherung aus den Bundesmitteln finanziere. **Abg. Bargfrede** trägt vor, dass die Argumentation des Landes nicht der Argumentation des NLT entspräche und erläutert die Finanzbeziehungen zwischen dem Land Niedersachsen und den Kommunen. Er vertritt die Auffassung, dass das Geld über Schlüsselzuweisungen zum Landkreis Rotenburg (Wümme) kommen müsse. Sodann stimmen die Ausschussmitglieder ab.

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Rotenburg (Wümme) unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände in ihrer Forderung an die Niedersächsische Landesregierung, die Bundesmittel aus der Dritten Stufe der Kostenübernahme für die Grundsicherung vollständig an die Landkreise weiter zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 7
Enthaltung: 0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum und Gesundheitsregionen Niedersachsen**

Punkt 10.1 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 17.09.2013: Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum
Vorlage: 2011-16/0565/1**

Abg. Bargfrede erläutert den Antrag. **Abg.e van Beek** sieht keine Bedenken gegen eine Abstimmung zu den Punkten 1 und 2 des Antrages. **Abg.e Dorsch** fragt, ob mit Punkt 2 des Antrages Kosten verbunden seien. Hierzu trägt **Abg.e van Beek** vor, dass keine Kosten entstünden. **Abg.e Dorsch** stellt fest, dass es lediglich um die Übertragung des Modells gehe. Sodann ergänzt **KVD Pragal**, dass kein konkreter Betrag als Unterstützung vorgesehen sei, es fehle hier auch an einer konkreten Zuständigkeit des Landkreises. **Abg. Cordts** ist bereit, in der Sache zuzustimmen, und möchte das Konzept auf den Weg bringen. **Abg. Thiart** sieht keine Ersparnis für das Land; hierzu erläutert **KVD Pragal**, dass es sich bei der Gesundheitsregion um einen anderen Fördertopf handele. **Abg.e Dorsch** schlägt vor, in Punkt 2 das Wort „unterstützt“ durch „begrüßt“ zu ersetzen. **Abg. Bargfrede** stimmt diesem Vorschlag zu. **Vors. Lienau** weist darauf hin, dass sich Punkt 3 des Antrages durch die heutige Sitzung bereits erledigt habe und schlägt die Abstimmung zu den Punkten 1 und 2 des Antrages mit der besprochenen Änderung vor. Sodann stimmen die Ausschussmitglieder ab.

Beschluss:

1. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, zur Förderung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum ausreichende finanzielle Mittel bereitzustellen.
2. Der Landkreis begrüßt das im Notdienstbezirk Zeven gestartete Projekt „Landpartie Zeven“ und prüft eine Übertragung auf den ganzen Landkreis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 10.2 der Tagesordnung: **Gesundheitsregionen Niedersachsen
Vorlage: 2011-16/0660**

KVD Pragal erläutert die Vorlage und **Abg.e Brandt** bewertet den Personalaufwand als richtig und wichtig. Sodann weist **Abg. Thiart** auf die Auftaktveranstaltung hin, an der **KVD Pragal** teilgenommen habe. **KVD Pragal** wird hierüber in der nächsten Sitzung berichten. Sodann stimmen die Ausschussmitglieder ab.

Beschluss:

- 1) Der Landkreis Rotenburg (Wümme) erklärt gegenüber dem Land Niedersachsen seine Beteiligung an dem Projekt "Gesundheitsregionen Niedersachsen" und stellt zu gegebener Zeit einen Förderantrag mit dem Ziel eine Geschäftsstelle zum Aufbau geeigneter Strukturen (Netzwerk, Regionale Gesundheitskonferenz, regionale Steuerungsgruppe) zu einzurichten.
- 2) Der Landkreis Rotenburg (Wümme) wird im Rahmen der zu schaffenden Strukturen das Projekt „Landpartie Zeven“ begleiten und eine Ausweitung auf weitere Regionen im Landkreis sowie Fördermöglichkeiten im Rahmen des Projektes Gesundheitsregionen Niedersachsen prüfen und ggf. befördern.
- 3) Befristet auf die 2-jährige Projektdauer wird eine Geschäftsstelle im Amt 53 im Anteil von 0,5 einer Vollzeitstelle (TVöD SuE, S11, Stufe3) eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung:

Haushaltspläne der Ämter 50 und 53
Vorlage: 2011-16/0657

Abg.e Dorsch schlägt vor, nur Punkte mit Klärungsbedarf anzusprechen, da bereits eine ausgiebige Auseinandersetzung mit dem Haushaltsplan erfolgt sei. Sodann stellt **Vors. Lienau** den Teilhaushalt des Sozialamtes vor. Mit Blick auf die Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe bemerkt **Abg.e Brandt**, dass eine erhebliche Steigerung auf nun 38 Mio. Euro vorliege. Hierzu erläutert **KOAR Horn**, dass dies aus der Rechnung für 2013 und aufgrund einer Steigerung der Vergütung um 3% zu erwarten sei. **Abg. Bargfrede** weist darauf hin, dass es sich um eine Verpflichtung handele und daher kein Spielraum bestehe. Zudem weist er darauf hin, dass es sich um den mit Abstand größten Teilhaushalt handele. Auf Nachfrage der **Abg.e Dr. Hornhardt** zu einem Minusbetrag bei Ziffer 22 auf Seite 204 des Haushaltsplanes erklärt **KOAR Horn**, dass das Ergebnis 2012 einen Ertrag ausweise, der in 2013 und 2014 nicht anfalle, sondern teilweise in die Berechnung der Eingliederungshilfearaufwendungen einfließe. Sodann weist **KOAR Horn** bei der weiteren Vorstellung des Haushaltsplanes noch einmal auf die Änderung der Finanzabrechnung bei der Grundsicherung hin und merkt sodann zum Produkt 31.1.09 an, dass hierin auch die Mittel für den kleinen Wohnraumbericht enthalten seien. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Erstattungen zum Bildungspaket im Jobcenter-Teilhaushalt abgebildet würden. Mit Blick auf die Anmerkungen auf Seite 217 schlägt **KVD Pragal** vor, den Freigabebestand in Zeile 15 zu streichen. Über diesen Vorschlag stimmen die Ausschussmitglieder unmittelbar ab und beschließen einstimmig die Streichung. Im Weiteren weist **KVD Pragal** auf die Steigerung bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hin. **Abg.e Brandt** fragt nach der Inanspruchnahme von Bildungspaketleistungen für Asylbewerber. Hierzu erläutert **KOAR Horn** die Sach- und Rechtslage und sieht keine Probleme bei der Inanspruchnahme. Sodann setzen die Ausschussmitglieder die Beratungen fort und **KOAR Horn** weist auf die Anpassung der Aufwendungen für freiwillige Leistungen aufgrund der zuvor gefassten Beschlüsse hin. Danach werden die Beratungen zum Teilhaushalt des Gesundheitsamtes fortgesetzt. Auf Nachfrage der **Abg.e Dr. Hornhardt** zur Veränderung von Personalausgaben bemerkt zunächst **KVD Pragal**, dass diese sinken. **Abg.e Dorsch** ergänzt, dass hier auch Tarifierhöhungen berücksichtigt seien. Danach stimmen die Ausschussmitglieder ab.

Beschluss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2014 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Anfragen**

Da keine Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Lienau** um 17:29 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer